

## Durch die arabische Welt ein Riss

Im Nahen und Mittleren Osten verschieben sich die Gravitationszentren

Henner Fürtig und Annette Ranko | **Seit dem Sturz Mursis ist das sunnitische Lager gespalten – auf der einen Seite die Kräfte um Saudi-Arabien, die den Militärputsch gutheißen, auf der anderen die Türkei und Katar, die die Muslimbruderschaft weiter unterstützen. Während beide Lager auf Distanz zum Westen gehen, steuert der schiitische Iran einen Annäherungskurs.**

Die westliche Berichterstattung über den Arabischen Frühling hatte zunächst mehrheitlich eine rasante Islamisierung nahöstlicher Politik angenommen – oder eher befürchtet. Diese Befürchtung wurde lediglich durch die Beobachtung gemildert, dass der politische Islam durch den traditionellen Konflikt zwischen Sunna und Schia, der sich im vergangenen Jahrzehnt erheblich zugespitzt hatte, stark beeinträchtigt war. Als Pole dieses Konflikts wurden die schiitische Islamische Republik Iran und das sunnitische Königreich Saudi-Arabien verortet. Die im Arabischen Frühling durch Wahlen an die Macht gekommenen Muslimbrüder in Ägypten und ähnlich ausgerichtete Organisationen in der Nachbarschaft lavierten zunächst zwar zwischen diesen Polen, ordneten sich aber letztlich eindeutig dem sunnitischen Lager zu.

Erst der Sturz des ägyptischen Muslimbruder-Präsidenten Mohammed Mursi und vor allem das Verhalten Saudi-Arabiens und seiner Alliierten offenbarten einen tiefen Riss innerhalb des sunnitischen Lagers. Unmittelbar nach der Amtsenthebung Mursis durch das Militär am 3. Juli 2013 sprachen Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait ihre Unterstützung für die neue ägyptische Übergangsregierung aus. Zudem versorgten sie die neuen Machthaber mit einer Finanzspritze in Höhe von zwölf Milliarden Dollar – eine Summe, die sie kurz zuvor der Mursi-Regierung noch verweigert hatten.

Die Entmachtung der Muslimbrüder und die Unterstützung dieses Schrittes durch eine offensichtliche Bevölkerungsmehrheit in Ägypten haben in den Medien Spekulationen in Gang gebracht, ob der politische Islam nun seinen Zenit überschritten habe oder sogar im Untergang begriffen sei. Die Reaktionen der wesentlichen regionalen Akteure auf den Sturz Mursis sowie die spezifischen Konflikte, die seitdem ausgebrochen sind, zeigen jedoch, dass sich

der Islamismus im Nahen und Mittleren Osten keineswegs in einer Sackgasse befindet. Er hat lediglich neue Erscheinungsformen angenommen.

War die Regionalpolitik der vergangenen Jahre durch den Konflikt Sunna-Schia geprägt und die Region in ein sunnitische und ein schiitische Lager gespalten, so hat sich mit dem Sturz Mursis eine neue Konfliktlinie etabliert, denn das sunnitische Lager hat sich in zwei unversöhnliche Lager geteilt: Auf der einen Seite das Schwergewicht Saudi-Arabien sowie die arabischen Golf-Monarchien mit der Ausnahme Katars. Auf der anderen Seite die „neuen“ Kräfte, die die Muslimbruderschaft unterstützen. Zu ihnen zählen die von der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) geführte Türkei sowie das Golf-Emirat Katar. Drei islamistische Gravitationszentren konkurrieren somit um eine Vormachtstellung in der Region, aber auch um intellektuelle Hegemonie. Sie verfechten unterschiedliche islamische Herrschafts- und Gesellschaftsmodelle, die jeweils auch andere Außenpolitiken nach sich ziehen. Auf diese neue Konstellation wird sich der Westen rasch einstellen müssen.

**Drei Gravitationszentren konkurrieren auch um intellektuelle Hegemonie**

### **Das „neue“ sunnitische Zentrum: Gewählte Hüter der Moral**

Das neue sunnitische Gravitationszentrum behauptet, die „Essenz“ des Arabischen Frühlings zu verkörpern, denn es verspricht, das Volk zu ermächtigen und „elektorale“, lediglich auf Wahlen reduzierte Demokratien zu errichten. Damit bringt es die autoritären Erbmonarchien am Golf in ernsthafte Bedrängnis; nicht nur, weil dem Volk Teilhabe an der Gestaltung ihres republikanischen Staatswesens versprochen wird, sondern vor allem, weil diese Politik mit Argumenten begründet wird, die aus dem Islam hergeleitet werden. Dem neuen Lager gehören neben der ägyptischen Muslimbruderschaft und deren Ablegern in verschiedenen arabischen Ländern wie die palästinensische Hamas, die tunesische Ennahda-Partei oder die in Marokko an der Regierung beteiligte Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) auch die Staaten Türkei und Katar an.

Die ägyptische Muslimbruderschaft ist die älteste Kraft und „Mutterorganisation“ vieler Gruppierungen in diesem Lager. Deshalb besitzt sie noch heute eine ideologische Strahlkraft in die gesamte Region, auch wenn sie momentan in der eigenen Bevölkerung an Unterstützung und Glaubwürdigkeit verloren hat. Mit ihrer Herrschaftsvorstellung behauptet die Muslimbruderschaft, „Islam“ und „Demokratie“ vereinen zu können. Sie propagiert einen „demokratischen, zivilen Staat mit islamischem Referenzrahmen“. In diesem besteht die Regierung nicht aus Religions- oder Rechtsgelehrten, sondern aus Laien („Zivilisten“). Macht rotiert durch regelmäßige freie und faire Wahlen und es besteht Gewaltenteilung.

Das Modell einer elektoralen Demokratie beruht zwar auf Regierungsbildung durch freie Wahlen. Es bedeutet jedoch nicht, dass eine liberale Demokratie im westlichen Sinne geschaffen wird. Denn Freiheitsrechte der Bürger sollen immer dann eingeschränkt werden, wenn sie mit dem in der Scharia verankerten Moralkodex kollidieren. Das trifft insbesondere auf persönliche Frei-

heitsrechte zu, die etwa Sexualität und die Geschlechterbeziehungen in der Öffentlichkeit betreffen. Als „islamisch“ legitimiert sich das Staatsmodell der Muslimbrüder vor allem durch die Auffassung, dass dem Staat mit dem Schutz der islamischen Moral eine zentrale religiöse Aufgabe zukommt, die dann wiederum auch die politischen Rechte von Frauen und Nichtmuslimen einschränkt – zumindest deren Kandidatur für das Präsidentenamt, denn nur ein männlicher Muslim kann im religiösen Bereich führen.

Die Herrschaftsvorstellungen der Muslimbrüder haben auch eine starke außenpolitische Komponente. Nur in ihrem Modell könne eine wahre Einheit von Volk und Regierenden geschaffen werden, die notwendig sei, um einem Land zu außenpolitischer Stärke zu verhelfen. Die autoritären Herrscher der Region hingegen würden Außenpolitik gegen den Willen ihrer Bevölkerungen betreiben, weil sie oft westlichen und israelischen Interessen Vorrang einräumen. Dies täten sie lediglich aus dem Kalkül, durch internationale Unterstützung ihre eigene autoritäre Herrschaft zu sichern. Aus diesem Grund seien die

### Die neuen Kräfte wollen Macht nicht in Erb- monarchien organisieren

arabischen Autokratien schwache außenpolitische Akteure und deshalb werde die Region des Nahen und Mittleren Ostens auch Jahrzehnte nach dem Ende des Kolonialismus noch von westlichen Interessen regiert. Die Türkei gilt den Muslimbrüdern und den anderen Kräften des neuen sunnitischen Gravitationszentrums dagegen als nachahmenswertes Gegenbeispiel. Sie wird als Beweis herangezogen, dass nur eine demokratische Republik mit islamischer Führung zu einem starken außenpolitischen Akteur avancieren und wahrhaft unabhängige Außenpolitik betreiben könne. Nur bei einer islamischen Führung gebe es wahre Einheit von Volk und Herrscher, denn der wahre Wille des Volkes sei es, islamisch regiert zu werden.

### Das „alte“ sunnitische Zentrum: Legitimiert als Hüter der Heiligen Stätten

Das „alte“ sunnitische Lager – mit Saudi-Arabien und den übrigen Mitgliedern des Golf-Kooperationsrats (mit Ausnahme Katars) im Zentrum sowie salafistischen Organisationen in Nordafrika/Nahost in der Peripherie – sieht sich durch das Entstehen des neuen sunnitischen Konkurrenten fundamental bedroht. Immerhin waren es diese Konkurrenten, die nach den Umbrüchen des Arabischen Frühlings durch Wahlen an die Macht kamen – zumindest in Tunesien und Ägypten. Anders als die am Status quo orientierten arabischen Golf-Monarchien wollen diese „neuen Kräfte“ Macht nicht in Erbmonarchien, sondern in pluralistisch verfassten Republiken organisieren und legitimieren das überdies mit „islamischen“ Argumenten. Damit unterminieren sie einen tragenden Pfeiler des Legitimitätsanspruchs saudischer Herrscher, die sich als „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ und damit als Bewahrer des „wahrhaftigen“ (sunnitischen) Islam präsentieren.

Die Herrscherfamilie Al-Saud, seit Mitte des 18. Jahrhunderts fast permanent unterstützt durch die wahhabitische Geistlichkeit, stützt sich auf ein fundamentales Argument in der islamischen Staatslehre: Danach ist Herrschaft so lange legitim, wie sie auf der Grundlage von Koran und Sunna aus-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

geübt wird. In einem Land wie Saudi-Arabien, in dem der Koran quasi die Verfassung ersetzt, ist dies aus Sicht der Herrschenden ideal umgesetzt. Vor allem üppige Wohlfahrtsleistungen an die Untertanen verhindern bisher, dass die Übereinstimmung saudischer Herrschaft mit den Normen von Koran und Sunna massiv hinterfragt wird. Die Konzepte des „neuen“ Lagers entwickeln nicht zuletzt deshalb eine so hohe Erosionskraft, weil sie ebenfalls von konservativen islamischen Gesellschafts- und Moralvorstellungen ausgehen und sich deshalb nicht so leicht als „westliche“, „ungläubige“ oder „ketzerische“ Abirrungen diskreditieren lassen.

Im „alten“ sunnitischen Lager sieht sich vor allem Saudi-Arabien in einem „Zweifrontenkrieg“. Die Herausforderung durch den schiitischen iranischen Kontrahenten ist aus der Sicht Riads nicht geringer geworden, wird aber durch den neuen Rivalen aus dem vermeintlich eigenen Lager potenziert. Das größte Unbill entstünde deshalb aus saudischer Sicht aus einer Allianz zwischen schiitischen und „neuem“ sunnitischen Lager. Ungeachtet des traditionellen sunnitisch-schiitischen Zwistes bestehen zwischen beiden Lagern tatsächlich erstaunliche Gemeinsamkeiten: die Nutzung von Wahlen als Legitimationsinstrument und damit der Versuch, Islam und Volksherrschaft zu „versöhnen“, sowie – nicht zuletzt – das Propagieren der republikanischen Staatsform. Auch in Teheran sind diese Gemeinsamkeiten nicht verborgen geblieben.

## **Das schiitische Zentrum: Vorbild oder bedrohliche Hegemonialmacht?**

Eher zufällig fiel ein Höhepunkt des Arabischen Frühlings, der Sturz Hosni Mubaraks am 11. Februar 2011, mit dem 32. Jahrestag des Sieges der islamischen Revolution im Iran zusammen. Die iranische Staatsspitze wurde seit jenem Tag nicht müde, die Machtwechsel in Tunesien und Ägypten als „isla-

**Die Revolution war für  
Khomeini nicht schiitisch,  
sondern islamisch**

misches Erwachen“ und somit als „natürliche Fortsetzung der iranischen Revolution von 1979“ zu feiern. Als einer der wenigen genuinen Massenrevolutionen der Neuzeit war ihr – wie auch der französischen und der russischen – ein hohes Maß an Sendungsbewusstsein zu eigen. So machte Ayatollah Ruhollah Khomeini, der charismatische Führer der iranischen Revolution, keinen Hehl aus seiner Absicht, dem Islam (wieder) zur Weltgeltung zu verhelfen. Für Khomeini war die Revolution deshalb auch keine schiitische. Er sah die iranischen Muslime und sich selbst gewissermaßen von Gott auserwählt, dem Islam – und nicht etwa „nur“ der schiitischen Konfession – die ihm vorenthaltene Weltgeltung wieder zu beschaffen.

Khomeini entging dabei allerdings, dass sein Credo vom „Export der Revolution“ diejenigen Adressaten abstieß, um die er eigentlich beharrlich warb: die muslimischen, mehrheitlich aber sunnitischen Unterdrückten. Ihnen war das Hegemoniestreben des kaiserlichen Iran noch zu gut im Gedächtnis. Durchaus in Übereinstimmung mit ihren sonst wenig beliebten Regierungen bewerteten sie das islamische Sendungsbewusstsein als iranische Großmannssucht, dieses Mal im schiitischen Gewand.

Der Arabische Frühling schien dann zu zeigen, dass das iranische Modell trotz aller Rückschläge und Verunglimpfungen durch westliche und regionale Gegner offensichtlich immer noch so viel Attraktivität besitzt, um anderen als Beispiel dienen zu können. Damit hätte es nicht nur eine nachträgliche Bestätigung erfahren; die Islamische Republik Iran wäre auch als Initiator und „Ferment“ des „islamischen Erwachens“ in eine Führungsposition gerückt, was die Begeisterung der Nachfolger Khomeinis für den Arabischen Frühling erklärt.

Sehr zum Missvergnügen der iranischen Führung jedoch schlossen sich die arabischen Revolutionäre dieser Auffassung nicht an. Aus den Reihen moderater Islamisten um die Muslimbruderschaft kamen 2011 und 2012 – noch in Erwartung massiver Unterstützung durch die Golf-Monarchien – bestenfalls höfliche Sympathiebekundungen. Die Salafisten gebärdeten sich explizit anti-iranisch bzw. antischiitisch. Sie griffen damit die vorherrschende Meinung in der sunnitischen arabischen Welt ein weiteres Mal auf, wonach es dem Iran im Kern um eine schiitische Vorherrschaft ginge. Zu den arabischen Hauptverbündeten des Iran zählen schließlich schiitische Organisationen wie die Hisbollah oder Regime wie das Baschar al-Assads.

### **Abgrenzung, Konkurrenz und Konflikt**

Insgesamt spielte der Iran also eine weitaus marginalere Rolle im Arabischen Frühling als Teheran sich erhofft hatte. Der Nutzen der Veränderungen zeigt sich eher indirekt und ist bestenfalls langfristiger Natur, vor allem weil sich die strategische Gesamtkonstellation in der Region verändert. Alte Lager lösen sich auf, neue formieren sich. Damit erweitert sich der iranische Spielraum, zumal die arabische Außenpolitik insgesamt selbstbewusster wurde und sich nicht mehr so leicht von außen dirigieren lässt.

Überwog in der Islamischen Republik Iran bisher eher Enttäuschung über den Verlauf des Arabischen Frühlings, so sieht sich Saudi-Arabien regelrecht in Bedrängnis gebracht: Der Sunna-Schia-Konflikt tobt in Syrien und in unmittelbarer Nachbarschaft zum saudischen Königreich, im Irak. Die jüngste Annäherung des Iran an die USA im Zuge einer vorläufigen Übereinkunft im Atomstreit ruft im saudischen Herrscherhaus, das 1991 einen Sicherheitspakt mit den USA abgeschlossen hat, erhebliche Besorgnis hervor; das vermeintliche „Fallenlassen“ des langjährigen Verbündeten Hosni Mubarak durch die USA wird in Riad durchaus als Menetekel gesehen. Gleichzeitig ist in der arabischen Welt mit den politischen Umstürzen von 2010/11 zwar keine Demokratisierungswelle, wohl aber ein Paradigmenwechsel in Gang gebracht worden: Die Bevölkerungen arabischer Staaten, die viele Jahrzehnte lang politisch unmündig gehalten werden konnten, haben begonnen, politische Teilhabe einzufordern.

**Saudi-Arabien sieht sich regelrecht in Bedrängnis geraten**

Saudi-Arabien und mit ihm das Lager der „alten“ sunnitischen Kräfte reagiert mit massiver – politischer wie religiöser – antiiranischer und antischiitische Propaganda. Die arabischen Akteure des schiitischen Lagers werden als iranhörig, als Teil eines verschwörerischen Planes des „schiitischen Teufels“ (Iran) bezeichnet, der als persische und schiitische Kraft die arabischen und vornehmlich sunnitischen Staaten von innen heraus übernehmen wolle. Schiiten werden als Ungläubige und vom wahren Glauben Abgefallene gebrandmarkt.

Die Herausforderung durch das „neue“ sunnitische Gravitationszentrum zu entschärfen, gestaltet sich jedoch schwieriger. Dem Staatsmodell der Muslimbrüder können die Golf-Monarchien nur wenig entgegensetzen. Denn das Versprechen, regelmäßige demokratische Wahlen durchzuführen und gleichzeitig eine konservative islamische Moral zu bewahren, könnte auch in den konservativ-islamischen Gesellschaften am Golf auf hohe Resonanz stoßen. Das „alte“ sunnitische Lager setzt deshalb darauf, eher die Akteure, denn die Ideologie des neuen sunnitischen Gravitationszentrums zu diskreditieren. Man erklärt deshalb seine Übereinstimmung mit dem ägyptischen Militär, das die Muslimbrüder zu Terroristen erklärt; diese hätten schließlich nie die Errichtung einer „islamischen Demokratie“ oder die Durchsetzung wahrer islamischer Prinzipien im Sinne gehabt, sondern stets nur die eigenen Interessen. Das ägyptische Militär wird nicht nur dafür gelobt, die Muslimbrüder gewaltsam zerschlagen zu wollen. Der Konflikt wird auch „regionalisiert“: So heißt es in den Medien des Golf-Kooperationsrats, dass das ägyptische Militär „den Kampf des gesamten arabischen Volkes kämpfe“.

Auch andere Akteure des neuen sunnitischen Lagers wie die türkische AKP versucht man durch Anspielungen auf die koloniale Vergangenheit der Türkei beziehungsweise des Osmanischen Reiches in der arabischen Welt zu diskreditieren. So wurden dem türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Recep Erdogan Absichten unterstellt, neuer Kalif werden zu wollen. Zugleich macht dies aber auch ein weiteres Mal deutlich, wie fundamental sich der saudische König in



seinem islamischen Führungsanspruch als „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ herausgefordert sieht.

### Auswirkungen auf den Westen

Mit dem Sturz Mursis ist eine neue innersunnitische Konfliktlinie in der Region entstanden. Die Entmachtung der Muslimbrüder markiert zumindest mittelfristig nicht den Bedeutungsverlust des politischen Islam. Zum Kernpunkt der regionalen Konkurrenz ist erneut das Ringen um Form und Inhalt des politischen Islam geworden.

In Bedrängnis gebracht sieht sich insbesondere Saudi-Arabien, dessen perzipierte Sicherheitsinteressen sich im Zuge der neuen regionalen Dynamik zu ändern beginnen. Wie vertrauenswürdig sind die Sicherheitsgarantien der USA noch? Geht eine mögliche Annäherung zwischen Washington und Teheran zu Lasten Riads? Wie attraktiv findet die politische Klasse der USA die Gesellschaftsvorstellungen des „neuen“ sunnitischen Lagers im Vergleich zu denen des „alten“? Diese und ähnliche Fragen werden in der saudischen Führung immer dringlicher gestellt und verstärken die Tendenzen eines Wegdriftens vom Westen.

Da Saudi-Arabien zur Entkräftung des neuen sunnitischen Gravitationszentrums eine weitere Strategie für sich zu entdecken scheint, könnte sich diese Entwicklung weiter verstärken. Das Pro-Muslimbrüder-Lager steht für eine innenpolitische wie außenpolitische Ermächtigung des Volkes: durch die Etablierung demokratischer Wahlen und durch eine vom Westen unabhängige Außenpolitik. Eine innenpolitische Ermächtigung kann und will Saudi-Arabien nicht akzeptieren. Eine stärker vom Westen unabhängige Außenpolitik kann Riad aber mit Hilfe verstärkt antiwestlicher Polemik oder Haltung – wie etwa durch die Ablehnung des Sitzes im UN-Sicherheitsrat – für sich selbst beanspruchen. Dadurch hofft die saudische Führung so viel Legitimität zu erlangen, dass sie die innenpolitische und viel gewichtigere Forderung des neuen sunnitischen Gravitationszentrums ignorieren kann.

Im Verhalten der drei islamistischen Gravitationszentren des Nahen Ostens zum Westen zeigt sich somit ein Paradox: Während bisher eher prowestlich eingestellte Vertreter der beiden sunnitischen Lager wie die Türkei und Saudi-Arabien oft plakativ auf Abstand zum Westen gehen, nähert sich das „Sinnbild“ des schiitischen Lagers – der Iran – ostentativ an.

Kern der Konkurrenz ist ein Ringen um den Inhalt des politischen Islam



Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des Instituts für Nahost-Studien am German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg.



Dr. Annette Ranko ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Nahost-Studien am GIGA.